Landtag.

Erste Kammer.

n. Dresden, 21. März. Die heutige 44. öffentliche Sitzung eröffnete Präsident von Zehmen kurz nach 12 Uhr.

Der Sitzung wohnten am Regierungstische bei die Herren: Minister Dr. v. Abeken, v. Könneritz, v. Nostitz-Wallwitz, Dr. v. Gerber, Geheimräthe Meusel, Hebrich, v. Charpentier, Häppelt und Geh. Kriegsrath Meyer.

Nach Vortrag einer ständischen Schrift gelangte man zur Tagesordnung, welche zwei Berichtvorlagen der dritten Deputation enthielt.

Betr. 1 umfaßte den mittelst königl. Decrets Nr. 1 vorgelegten Rechenschaftsbericht auf die Jahre 1884/85.

Ueber den allgemeinen Theil berichtete Bürgermeister Löhr, ebenso über die speciellen Abtheilungen.

Zu Capitel 7, Leipziger Zeitung, nahm Frhr. v. Tauchnitz das Wort. Derselbe erklärte sich durch die von der Firma Teubner eingereichte offene Darlegung der Sachlage befriedigt. Er wünschte, mit Hinblick auf kurze historische Ausführungen, welche die „Leipziger Zeitung" als hochgeachtetes ächt sächsisches Institut hinstellen, daß das alte Verhältniß der Verbindung mit dem „Dresdner Journal" weiterhin fortbestehen möge.

Zu Capitel 54, Polizeidirection Dresden, erhielt Graf Könneritz das Wort. Er bemerkte, daß laut Receß vom Jahre 1853 der Staat für die Polizeidirection der Stadt Dresden, welch' Letztere selbst nur 90 000 ℳ jährlich beisteuere, stetig steigenden Aufwand zu machen habe, dessen anderweite Festlegung mehr zu Gunsten der Staatscasse wünschenswerth erscheine. Dresden sei bedeutend gewachsen, zahle aber heute bei 250 000 Einwohner nur ebensoviel Beitrag zur Sicherheitspolizeiführung als im Jahre 1853 bei weit geringerem Umfang. Mit Leipzig sei das Beitragsverhältniß umgekehrt, aber ebenfalls für die Staatscasse zu hoch, da Letztere laut Verträgen von 1822 und 1824 stets $^1/_{11}$ der Polizeicasse beigetragen hat.

Oberbürgermeister Dr. Georgi, um nicht durch Schweigen seine Zustimmung zu den Ausführungen des Vorredners zu geben, nahm Veranlassung auszusprechen, daß er die Richtigkeit der angeführten Umstände, so weit sie Leipzig angehen, nicht anzuerkennen vermöge, daher auch nicht mit dem Deputationsgutachten einverstanden sei.

Der Beitrag des Staats zur Polizeiverwaltung Leipzigs datire aus dem Jahre 1813, in welchem der Staat die Polizei ohne Weiteres verstaatlichte. Nach 1824 blieb das königl. Polizeipräsidium und geschah erst allmälig die Uebernahme durch die Stadt und die Zusicherung des $^1/_{11}$-Staatsbeitrags, da der Staat noch heute an der Polizeiführung mittelbar in Leipzig betheiligt sei. Vergrößere sich Leipzig durch die Vororte, so hege er die Hoffnung, daß die Staatsregierung, in Anerkennung des Umstandes, daß ihr durch weitere Centralisirung der Polizeiverwaltung manche Erleichterungen erwachsen werde, diese Verhältnisse nicht blos im staatsfiscalischen Interesse erörtern und regeln werde.

Minister v. Nostitz-Wallwitz erklärte, daß die von der Deputation geäußerte Ansicht, betreffend den Staatsaufwand für städtische Polizeizwecke, eigentlich die richtige sei, vom Rechtsstandpunkte aus angesehen. Nach Lage der Sache jedoch bleibe, gemäß der giltigen Abmachungen, einstweilen nichts übrig, als die bestehenden Verhältnisse noch weiter fortbestehen zu lassen und auch den aus vergrößerten Centralisation entstehenden Folgen Rechnung zu tragen.

Oberbürgermeister Dr. Stübel erwähnte zur Klärung der Sachlage, daß die Stadt Dresden wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt habe, den bestehenden Polizeiführungsvertrag zu Gunsten des Staates, wenn auch nicht durch Erhöhung des städtischen Beitrags, so doch durch Uebernahme von Polizeileistungen, abzuändern. Abweichend von den Satzungen des getroffenen 1853er Recesses seien bereits mehrere solche Leistungen übernommen worden und sei Dresden bereit noch weitere Uebernahmen eintreten zu lassen.

Die Abstimmung ergab Annahme der Vorlage resp. Genehmigung derselben, ebenso den Anschluß an die diesbezüglichen Beschlüsse der zweiten Kammer.

Ueber die königlichen Decrete Nr. 26, betreffend einen Nachtrag zum Gesetze über die veränderte Einrichtung der Altersrentenbank vom 2. Januar 1879, und Nr. 25, die Ergebnisse der bei der Altersrentenbank für den Schluß des Jahres 1886 aufgenommenen Inventur, berichtete Bürgermeister Thiele. Die Kammer schloß sich, nachdem Graf Rex einige Wünsche geäußert, den in jenseitiger Kammer gefaßten Beschlüssen an und ertheilte ebenfalls Decharge.

Die Abstimmungen erfolgten bei beiden Tagesordnungspuncten mittelst Namensaufrufs.

Sitzungsschluß erfolgte gegen 2 Uhr Nachmittags.

Nächste Sitzung morgen Vormittag 11 Uhr.

Zweite Kammer.

† Dresden, 21. März. 68. öffentliche Sitzung. Beginn Vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstische waren anwesend die Herren Justizminister Dr. von Abeken, Finanzminister von Könneritz und Cultusminister Dr. von Gerber, sowie die Geh. Justizräthe Rüger und Jahn.

Es erfolgte zunächst die Schlußberathung über den umfänglichen Bericht der Gesetzgebungsdeputation, den Gesetzentwurf, die Gerichtskosten in Angelegenheiten der nichtstreitigen Rechtspflege betr. (Berichterstatter: Abg. Speck.)

Abg. Dr. Mehnert, welchem Gelegenheit gegeben war, den Deputationsberathungen beizuwohnen, sprach seine Genugthuung darüber aus, daß die von ihm bei der Vorberathung gegen den Gesetzentwurf erhobenen Bedenken zu einem beträchtlichen Theile Berücksichtigung gefunden haben. Es sei eine ganz wesentliche Ermäßigung der ursprünglich in Ansatz gebrachten Gebühren eingetreten, insonderheit in den unteren Classen, was als eine Unterstützung der wirthschaftlich Schwachen nur mit Freuden zu begrüßen sein dürfe. Die königl. Staatsregierung habe erklärt, auf weitere Ermäßigungen nicht eingehen zu können, und es sei kaum zu erwarten, daß in der Kammer Anträge auf Erhöhungen gestellt werden würden. Hiernach sei, wenn das Gesetz nicht scheitern solle, der Kammer der einzuschlagende Weg vorgezeichnet, um so mehr, als die Vorlage in der Deputation auf das Gründlichste geprüft und sämmtliche Anträge von der Deputation einstimmig gestellt worden sind. Namens seiner Fraction beantrage er daher:

„von einer Specialberathung abzusehen und den Gesetzentwurf en bloc anzunehmen",

und zwar unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß — falls der Gesetzentwurf in der ersten Kammer nicht mehr zur Verabschiedung gelangen sollte — der Entwurf für den nächsten Landtag nicht bindend sein solle.

Dieser Antrag ward zahlreich unterstützt.

Vicepräsident Streit, als Vorsitzender der Gesetzgebungsdeputation, bemerkte, daß ein solcher Vorbehalt nicht nothwendig sei, und erklärte, daß er im Namen seiner Fractionsgenossen dem gestellten Antrag zustimme.

Abg. Dr. Schill erklärte, daß auch seine politischen Freunde dem Antrage auf en bloc-Annahme ihre Zustimmung nicht versagen würden.

Abg. Bebel will sich zwar dem Mehnert'schen Antrage nicht entgegenstellen, verlangt aber wenigstens besondere Abstimmung über Nr. 89 (Schreibgebühr für einen Eintrag ins Dissidentenregister.)

Vicepräsident Streit erläuterte, wie die Deputation zu dem Gebührsatze von 2 ℳ 50 ₰ gekommen ist und rechtfertigte denselben.

Abg. Kirbach (welcher keiner Fraction angehört) war gleichfalls für summarische Annahme des Gesetzentwurfs.

Abg. Bebel ließ hiernach seinen Einspruch fallen.

Die Kammer beschloß hiernach einstimmig, von einer Specialberathung abzusehen und den Gesetzentwurf mit den von der Deputation beantragten Abänderungen anzunehmen.

Weiter beschloß die Kammer ebenso einstimmig und zwar in namentlicher Abstimmung:

1) „die königliche Staatsregierung zu ermächtigen, bei der Verkündigung des Gesetzes die Fremdworte: „Dismembration, Quote, Ortslegitimationszeugniß, Decret und Liberationserklärung", so oft dieselben im Entwurfe vorkommen, mit den Worten: „Grundstücksabtrennung, Theilbetrag, Ortsbescheinigungszeugniß, Entlastungserklärung und Bescheinigung" zu vertauschen;"

2) „die königliche Staatsregierung zu ermächtigen, im Verordnungswege zu bestimmen:

daß in denjenigen Fällen, in welchen nach §. 185 der Verordnung, das Verfahren in nichtstreitigen Rechtssachen betreffend, vom 9. Januar 1865, anderweit ein Recognitionsschein zu ertheilen ist, von den Betheiligten, von Amtswegen eine vom Hypothekenbuchführer auszufertigende, alsbald nach der Eintragung im Grund- und Hypothekenbuche zum Abgang zu bringende, lediglich ihren Inhalt den Erfordernissen der §§. 186 und 189 der gedachten Verordnung entsprechende Bescheinigung über den erfolgten Eintrag mitgetheilt sei

sowie ferner

daß in Zukunft über Eintragungen jeder Art im Grund- und Hypothekenbuche von der Grund- und Hypothekenbehörde auszufertigende, die Unterlagen der Eintragung enthaltende oder deren Inhalt wiedergebende Urkunden nur auf Antrag auszufertigen sind,

demgemäß aber die einschlagenden Vorschriften der Verordnung vom 9. Januar 1865 abzuändern;"

3) „die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem übernächsten Landtage Mittheilung über die bis dahin vorliegenden Ergebnisse der Cassenverwaltungen, soweit sie aus dem zu erlassenden neuen Kostengesetze herrühren, zu machen;"

4) „die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage einen Entwurf einer Kostenordnung für Notare zur verfassungsmäßigen Berathung vorzulegen;"

und endlich

5) „auf das königl. Decret Nr. 21 im Sinne der gefaßten Beschlüsse der königl. Staatsregierung gegenüber eine Erklärung abzugeben.

Hierauf trat die Kammer in Schlußberathung über den Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Cap. 110 des Staatshaushalts-Etats, Dotationen (Ueberweisung eines Theils der Grundsteuereinnahme an die Schulgemeinden) betr. (Berichterstatter: Abg. Uhlemann-Görlitz.)

Die Majorität der Deputation (die Abgeordneten Georgi, Härtwig, Seyer, Bönisch, Hauschild, Kuechel, von Oehlschlägel, Starke und der Berichterstatter) beantragen:

die Kammer wolle

Cap. 110, Dotationen, Titel 1, Ueberweisung eines Theils der Grundsteuereinnahme an die Schulgemeinden, nach Maßgabe von §. 2 des Finanzgesetzes für 1888/89 transitorisch 1 494 245 ℳ der Vorlage gemäß bewilligen,

die Minorität (Abg. Kirbach) beantragt:

die Kammer wolle

Cap. 110, Dotationen, ablehnen.

Die beiden Berichterstatter begründeten diese Anträge in ausführlicher Weise.

Abg. Kirbach wollte den Ueberschuß der Grundsteuer von $1^1/_2$ Millionen Mark zu einer Ermäßigung der Einkommensteuer verwendet wissen und erklärte, er halte im Princip eine Verwendung von Staatsmitteln zu Nichtstaatszwecken nicht für gerechtfertigt. Im Uebrigen erscheine auch der Maßstab der Vertheilung der Dotation auf die Schulgemeinden kein gleichmäßiger, indem die großen und begüterten Gemeinden besser wegkämen als die kleineren und ärmeren. Im Leipziger Landkreise entfalle von der Dotation ein Betrag von $5^1/_2$ ℳ pro Kopf, im Schwarzenberger Kreise aber nur 1 ℳ pro Kopf.

Vicepräsident Streit erklärte, daß er aus den von dem Vorredner entwickelten Gründen ebenfalls gegen den Majoritätsantrag stimmen werde.

Bei der Abstimmung wurde der Majoritätsantrag gegen 5 Stimmen zum Beschluß erhoben. Die Socialdemokraten stimmten mit für denselben.

Weiter erledigte die Kammer in Schlußberathung den Bericht der Finanzdeputation B über die auf Einrichtung von Haltestellen in Sehma rc. gerichteten Petitionen. (Berichterstatter Abg. Philipp.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Uhlig beschloß die Kammer:

„Die Petition des Gemeinderaths zu Sehma auf sich beruhen zu lassen."

Die Petition betreffs Errichtung einer Haltestelle für Personen- und Güterverkehr an der Zwickau-Oelsnitzer Eisenbahn innerhalb der Flur Ebersbrunn fand lebhafte Befürwortung durch Vicepräsident Streit.

Die Kammer beschloß:

„Die Petition der Gemeinden Ebersbrunn und Genossen der königl. Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben."

Für die von den Gemeinden Reick, Prohlis, Lockwitz, Leubnitz-Neuostra, Dobritz, Seidnitz, Gruna und Striesen erbetene Herstellung einer Haltestelle in Reick verwendete sich Abg. Bramsch.

Es ward beschlossen:

„diese Petition der königl. Staatsregierung zur Erwägung zu übergeben."

Endlich beschloß die Kammer auf Antrag derselben Deputation:

„die Staatsregierung zu Ertheilung des Expropriationsbefugnisses zu Gunsten einer normalspurigen Eisenbahn von Plagwitz nach dem Kohlenrevier bei Markranstädt, sowie der dabei erforderlich zu errichtenden Reichsbahnstelle zu ermächtigen."

Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr.

Vermischtes.

— Berlin, 20. März. Die Adresse des Reichstags an den Kaiser, welche heute beschlossen wurde, ist nach der „Kreuzzeitung" bereits in der Form hergestellt, wie sie übergeben werden soll. Die Adresse hat die Form eines Buches in Folioformat, sie ist in blauem Sammet gebunden und trägt auf dem Deckel als einzigen Zierrath den Reichsadler in Silber. Die einzelnen Blätter sind mit Trauerrand umgeben, der Text der Adresse ist von der Hand eines Beamten des Reichstags-Bureaus kalligraphisch geschrieben. Darunter befindet sich nur die Unterschrift des Präsidenten v. Wedell. — Auch die Adresse des Herrenhauses an den Kaiser war heute Nachmittag in der Gestalt, wie sie überreicht werden soll, bereits hergestellt. Sie soll nach Angabe von Mitgliedern des Herrenhauses Blattform haben und ihr sind die Unterschriften sämmtlicher hier anwesenden Mitglieder des Herrenhauses beigefügt.

— Berlin, 20. März. Ueber den am Sonnabend im Schlosse zu Charlottenburg stattgefundenen Empfang der deutschen Fürstlichkeiten und der Bürgermeister der drei freien Städte weiß die Lübecker „Eisenbahn-Zeitung" aus bester Quelle Folgendes mitzutheilen:

Die Bürgermeister von Lübeck, Hamburg und Bremen, welche am 16. d. bei der im Dom zu Berlin abgehaltenen Feier zur Beisetzung der irdischen Hülle Kaiser Wilhelm's beigewohnt hatten, wurden am folgenden Tage Nachmittags 2 Uhr zugleich mit den aus derselben Veranlassung in Berlin anwesenden Fürsten nach dem kaiserlichen Palais zu Charlottenburg beschieden, um von dem Kaiser Friedrich und der Kaiserin Victoria empfangen zu werden. Dem Kaiser, welcher die Erschienenen im oberen Rundsaal empfing, wurde vom Bürgermeister Behn-Lübeck Namens der freien Städte deren tiefstes Beileid an dem Heimgange des Kaisers Wilhelm ausgesprochen. Auf die gleichzeitig dargebrachten besten Segenswünsche für das Wohlergehen und die Regierung des Kaisers Friedrich, sowie auf die damit verbundene Bitte, den freien Städten die von ihm als Kronprinz denselben stets in reichstem Maße geschenkte Huld auch ferner bewahren zu wollen, schrieb Kaiser Friedrich sofort eigenhändig mit Bleistift auf ein Blättchen Papier die Worte: „Ich habe stets große Sympathien für die freien Städte gehabt, deren Mitbürger (Geh. Rath Professor Curtius) mich erzog." Der Kaiser überreichte diesen Zettel dem Bürgermeister Dr. Behn und verabschiedete darauf huldvollst die Abgesandten der freien Städte. Auch die Kaiserin Victoria empfing die Beileidsbezeugung, wie die Wünsche der Bürgermeister mit ausgezeichneter Huld.

— Berlin, 20. März. Zu dem projectirten Denkmal für Kaiser Wilhelm bemerkt die „National-Zeitung":

Die Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm, den Gründer des deutschen Reichs, hat der Reichstag am Dienstag einstimmig beschlossen. Dieser Beschluß läßt einen Gedanken aus, welcher der ganzen Nation auf dem Herzen lag; man muß dem Reichstag verpflichtet dafür sein, daß er der allgemeinen Meinung Stimme gegeben hat. Ein kleiner Zoll der Dankbarkeit für unerreichbare Verdienste! Was die Frage betrifft, wo das Denkmal zu errichten ist, so wird es wohl als selbstverständlich allenthalben gelten, daß die Reichshauptstadt dazu berufen ist, die Stadt, in welcher der Kaiser geboren wurde, in der er wirkte und starb, mit der seine Lebensgeschichte aufs Innigste verflochten ist. In Berlin selbst kann man ohne irgend vorgreifen zu wollen, einen Gedanken als durchschlagend aufstellen: der große Kaiser gehört auf die Via triumphalis vom Schloß nach dem Brandenburger Thor — diese Straße, die der Kaiser in seinen Siegeszügen durchritt und die auch seine Todesstraße gewesen ist auf dem Wege zur letzten Ruhe. Diese Straße kann man als das Forum von Berlin bezeichnen, und auch in Zukunft wird alles Große, was in Freud und Leid die Reichshauptstadt berührt, auf ihr sich abspielen. Sinnbildlich und während dort Kaiser Wilhelm's Denkmal an allen solchen gewaltigen Tagen mitten unter uns sein, wie es jetzt das Denkmal des großen Friedrich schon ist. An Vorschlägen, welche Stelle für das Denkmal gewählt werden soll, wird es schwerlich nicht fehlen; eine jede wird ihre Licht- und Schattenseiten haben und dem Künstler neue und besondere Aufgaben bieten. Die Gegend des Pariser Platzes wird wohl Allen in erster Linie vorschweben; sie bietet ebenfalls die beste Anordnung und ist voll von historischen Erinnerungen. Das Denkmal Kaiser Wilhelm's am Beginn der Linden würde das reichste Gegenstück zu König Friedrich's Standbild sein. Das Brandenburger Thor gäbe einen gewaltigen Abschluß, doch wird die Frage nicht zu umgehen sein, ob nicht gerade die Majestät und Massenhaftigkeit des Thores drückend auf das Denkmal wirken müsse. Sollte diese Frage bejaht werden müssen, so könnte man an die Stelle nächst der Oper in unmittelbarer Nähe des Friedrichsdenkmals denken, der Platz der Kunstakademie, die ebenfalls fallen wird, könnte in Betracht kommen. Wollte man noch weiter bis zur Schloßbrücke greifen, so möchte der Raum, den jetzt die Häuser an der Schloßfreiheit einnehmen, geprüft werden, wo im Zusammenhang mit der Freilegung des Opernraumes ein großartiger Platz geschaffen werden könnte. Indessen wird zwischen Opernhaus und Brandenburger Thor die erste Wahl sein. Vor das Brandenburger Thor unmittelbar oder nächst des Reichstagshauses das Standbild aufzustellen, würde den Kaiser aus dem Mittelpunct der Stadt herausheben; es müßten sehr wichtige Gründe sein, die hierfür entscheidend werden könnten. Die Kunst und das Genie aller deutschen Bildhauer wird sich sicher erschließen, um der geschichtlichen Größe der Aufgabe sich gewachsen zu zeigen — möge ein glücklicher Stern über diesen Bemühungen walten. Kaiser Friedrich hat, wie verlautet, sich schon mit den Grundzügen beschäftigt, die für die Herstellung des Denkmals maßgebend sein sollen, sein kunstgeübtes Verständniß ist die sichere Bürgschaft für die Gewinnung der richtigen Grundlage, von der Alles abhängt. Der Reichstag wird zweifellos bei seinem nächsten Zusammentritt sich einem detaillirten Plane gegenüber finden.

— Halberstadt, 20. März. Am gestrigen Abend ist zwischen 10 und 11 Uhr die Ehefrau Taeger, welche unter Sittenpolizei stand, in ihrer Wohnung ermordet worden. Als Mörder ist der hier seit einiger Zeit in einer hiesigen Cigarrenfabrik beschäftigte, aus dem Zuchthause entlassene Arbeiter Bendler verhaftet worden. Derselbe hat die Frau erdrosselt und alsdann beraubt. Der „Magdeburg. Zeitung" wird hierüber berichtet: Die Ermordete ist die hier wohnhafte Frau Täger geb. Hausbrandt. Der Mörder Bendler hatte sich leise in die Wohnstube der ihm wohlbekannten Frau T. geschlichen, welche vor einem Sopha stand und dem B. den Rücken zuwendete. B. packte die Frau, würgte, preßte ihr mit der freien Hand die Luftröhre, während er sie mit der anderen Hand an einem Shawltuche festhielt, und drückte sie mit dem Gesichte in die Sophaecke, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Dann nahm B. das in der Commode vorhandene Geld an sich, zog der todten Frau den Ring vom Finger und nahm auch noch den Ueberzieher des Ehemanns mit. Beim Verlassen des Hauses fiel dem Ehemann, welcher aus dem Fenster eines oberen Stocks sah, das Packet auf; er lief dem B. nach, und nach längerer Verfolgung wurde der Flüchtling ergriffen.

✂ Weimar, 20. März. Se. königl. Hoheit der Großherzog ist nach einem zehntägigen Aufenthalt in Berlin von dort heute Nachmittag wieder hierher zurückgekehrt. — Die vielgeplagte Weimar-Rastenberger Eisenbahn hat in Folge der neuesten Schneeverwehungen von heute ab schon wieder den Betrieb auf allen drei Linien (Weimar-Buttelstedt, B.-Großrudestedt, B.-Rastenberg) bis auf Weiteres einstellen müssen. — Hier besteht seit einigen Jahren eine von Herrn Ober-Bürgermeister Pabst gegründete Knaben-Gartenarbeits-Schule, eine recht anerkennenswerthe und auch gedeihende Einrichtung. Freiwillig beitretende Knaben (im letzten Schuljahr waren circa 150 Schüler betheiligt) erhalten dort während ihrer freien Zeit unter Aufsicht Beschäftigung mit Gartenarbeiten und die älteren und besten auch Unterricht in Handfertigkeiten (Papparbeiten, Tischlerei mit Holzschnitzen und Metallarbeiten). Die Knaben haben dabei zugleich neben der nützlichen, auf Sitten und Charakter veredelnd einwirkenden Beschäftigung den Vortheil, sich ein größeres oder kleineres Guthaben verdienen zu können. Diese Ostern treten 15 Knaben aus; ihr Verdienstguthaben beträgt zusammen 318,58 ℳ, welches ihnen dieser Tage ausgezahlt worden ist, eine gewiß recht willkommene Beigabe für Manchen für die Confirmation und den Eintritt ins Leben. Die hiesige Sparcasse hat wie früher schon auch jetzt wieder 1000 ℳ für die Gartenarbeits-Schule gespendet.

— Aus Kurhessen, 20. März. Seit 5 Tagen herrscht ununterbrochener starker Schneefall. Die Verbindung zwischen den Orten ist theilweise unterbrochen, namentlich in den höher gelegenen Bezirken. Der Schnee liegt meterhoch. In Kassel hat die Pferdebahn auf sämmtlichen Routen den Verkehr gänzlich einstellen müssen. Die Eisenbahnzüge erleiden bedeutende Verspätungen, die Posten ebenfalls. Sobald ein Umschlag eintreten wird, ist bei den kolossalen Schneemassen Hochwasser zu befürchten. Es werden überall Vorsichtsmaßregeln getroffen, soweit dies möglich.

— Luzern, 17. März. Den Bewohnern der Stadt Luzern und Umgebung wurde, wie das „Luzerner Tageblatt" meldet, Freitag Nacht ein schaurig-schöner Anblick zu Theil: etwa um 10 Uhr standen Thurm und Dachstuhl des von Herrn Bucher-Durrer(?) in den Jahren 1883 und 1884 mit großem Kostenaufwande erbauten schloßähnlichen Hotels in vollen Flammen, weithin ins Land hinausleuchtend. Eine Entzündung des Holzwerks im Thurme durch den daselbst angebrachten Transformator der elektrischen Leitung wird als unmittelbare Veranlassung des Feuerausbruches bezeichnet. Die von diesem Transformator aus gespeisten elektrischen Flammen in der Stadt brannten um genannte Zeit sehr unruhig und erloschen schließlich ganz. Gänzlich zerstört sind der Thurm und der Dachstuhl nebst dem Mansardenbau. Das Mobiliar konnte gerettet und bei der Station der Seilbahn rc. untergebracht werden. Die große gedeckte Galerie mit den Spiegelwänden ist vollständig unversehrt geblieben; ebenso der Restaurationssaal, mit Ausnahme eines Theiles des Plafonds, welcher durch das Wasser gelitten hat.

— Zürich, 19. März. Von den 32 bewohnbaren Clubhütten der Schweiz sind die ältesten die Silvretta-Hütte, die 1865, die Triftthütte, die 1867, und die obere Matterhorn-Hütte, die 1868 erbaut worden ist. Alle übrigen stammen aus den siebziger und achtziger Jahren. Am höchsten liegt die alte Matterhorn-Hütte, 3843 m, am tiefsten die am Spannort, 1930 m, während 28 Hütten sich zwischen 2000 und 3000 m befinden. 26 derselben sind aus Stein, 6 aus Holz erbaut. Nur drei Hütten sind zweistöckig, die übrigen einstöckig und meist einen einzigen Raum enthaltend. Als Bedachung eignet sich erfahrungsgemäß Holzcement besser als Steinplatten, Blech oder Holz. Die bis dahin gebräuchlichen einfachen Thüren sollten durch Doppelthüren mit Ober- und Untertheil ersetzt, der Fußboden immer aus Holz erstellt werden. Die überall vorhandenen Pritschen sind 168 bis 200 cm, die meisten 185 cm breit und enthalten außer Heu und Stroh sämmtlich nun auch Wolldecken. Nur wenige Hütten haben einen offenen Herd, die meisten kleine niedrige Oefen. Außer dem Minimum des geforderten Inventars haben die Hütten vielerorts auch Filzschuhe, Waschbecken, Verbandgegenstände und Bücher zur Verfügung gestellt. Holzversorgung haben nur fünf Hütten aufzuweisen, und es ist zu hoffen, daß dieselbe früher oder später obligatorisch erklärt werde. Bis heute hat die Centralcasse des schweizerischen Alpenclubs 37 071 Francs, also etwa die Hälfte, an die Erstellungskosten geleistet. Kein anderer Verein hat so viel zur Hebung des Fremdenverkehrs gethan, wie der schweizerische Alpenclub, der jährlich Tausende von Touristen herbeizieht und in seinen Clubhütten beherbergt.

— Die Lindenauer Kirchenbibel. Der ehrbare Lamprecht Seidler, Nachbar und Besitzer eines Bauernhofes in Lindenau bei Leipzig, hatte im Jahre 1585 der Kirche daselbst testamentarisch zwei Schock Groschen vermacht, mit der Bestimmung, daß die Kirche alljährlich dem Pfarrer davon sechs Groschen zinsen sollte. Da nun aber das Gotteshaus einer Biblia sehr bedürftig war, so wendete sich der damalige Pfarrherr, Erasmus Traeger, an seinen Patron, den Leipziger Rath, mit der Bitte, der Kirche zu Gute eine Bibel zu kaufen und ihr die Entrichtung des genannten jährlichen Pfarrzinses zu erlassen. Der Rath beschloß, dieser Bitte Gehör zu geben, und so erhielt die Lindenauer Kirche eine Bibel. Aus dieser Thatsache geht hervor, welchen Werth damals eine Bibel gehabt haben muß, wenn wegen ihrer Beschaffung sich so viele Umständlichkeiten nöthig machen konnten.

* Leipzig, 21. März. Der Gedanke, die so prächtige und imposante Albert-Halle im Krystallpalast zu einer Trauerfeier unserer Bürgerschaft zum Gedächtniß Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm I. zu benutzen, gelangte am heutigen Vorabend des Geburtstages des dahingeschiedenen Heldenkaisers in würdigster Weise zur Ausführung. Trotz des Umstandes, daß der Charakter der Feier nicht gestattet hatte, die Aufmerksamkeit des Publicums durch die Presse in besonderem Maße hervorzurufen und trotz der hohen Eintrittspreise, deren Ertrags für den Fonds zur Wiederherstellung der Lutherkirche bestimmt ist, war der Riesenraum gut, wir glauben sagen zu können zu zwei Drittheilen, gefüllt, so daß mindestens 2000 Personen anwesend gewesen sind, die fast durchgängig Trauerkleidung trugen. Auf dem großen Podium vor der Orgel war die umflorte Colossalbüste des Kaisers Wilhelm aufgestellt. Gesang des Thomanerchors leitete die Feier ein, worauf Herr Gymnasialoberlehrer Dr. Baldamus in $^3/_4$ stündiger Trauerrede ein ergreifendes Lebensbild des verstorbenen Kaisers entrollte und seine Darlegungen in einen heißen Segenswunsch für Kaiser Friedrich ausklingen ließ. Die nun folgenden Gesangs- und Instrumental-Vorträge, ausgeführt von Frau Fanny Moran-Olden, Herrn Hofopernsänger Carl Dierich, Herrn Organist Paul Homeyer, Herrn Edmund Schuecker, dem Thomanerchor und den vereinigten Capellen der Regimenter 107 und 134, unter Direction des Herrn Alexander Siloti, waren insgesammt Kunstleistungen ersten Ranges und brachten die tiefste Wirkung auf die gesammte Trauerversammlung hervor. Ueber diese Leistungen wird noch ausführlich im musikalischen Theile unseres Blattes referirt werden. Für die Veranstaltung der Trauerfeier gebührt Denjenigen, welche sie unternommen, voller Dank.

† Dresden, 21. März. Se. königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg machte im Laufe des gestrigen Tages bei den zur Zeit hier anwesenden höchsten Herrschaften Besuche und nahm an der um ½6 Uhr bei Sr. Majestät dem König stattgefundenen Hoftafel theil. Heute Vormittag begab sich Se. königl. Hoheit nach Oldenburg zurück.

† Dresden, 21. März. Ihre Majestäten der König und die Königin von Rumänien sind gestern 9 Uhr Abends auf der Rückreise in die Heimath von Berlin kommend hier durchgereist.

Telegraphische Depeschen.

* Charlottenburg, 21. März. Der Kaiser hatte eine gute Nacht, fühlte sich gekräftigt und empfing Nachmittags 2 Uhr die Kronprinzessin. Vor der Kaiserin Victoria findet im Schloß Charlottenburg eine Trauercour statt, welche Sonnabend in Aussicht genommen ist. Der Reichskanzler, welcher Mittag vom Kronprinzen empfangen wurde, begiebt sich Nachmittags zum Kaiser.

* Breslau, 21. März. Die Stadtverordneten nahmen gestern die Vorlage des Magistrats, betreffend die Hebung der Großschifffahrt durch die Stadt Breslau, an, und bewilligten mit großer Majorität alle bezüglichen Forderungen.

* Würzburg, 20. März. Der für heute angesetzte Wahlgang in dem Landtagswahlkreise Würzburg I. kam nicht zu Stande, da die ultramontanen Wahlmänner nicht erschienen waren. Der nächste Wahlgang ist auf den 5. April anberaumt.

* Wien, 20. März. Wie das Armeeverordnungsblatt meldet, ist der Commandant des 9. Armeecorps (Josefstadt) FML. Baron König zum Commandanten des 2. Armeecorps und zum commandirenden General von Wien und der Divisionair Graf Philipp Grünne zum Commandanten des 9. Armeecorps ernannt worden.

* Paris, 20. März. (Deputirtenkammer.) Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung mit 349 gegen 93 Stimmen angenommen. (Wiederholt.)

* Paris, 20. März. Nach einem Telegramm der „Agence Havas" aus Dünkirchen ist die Reise des Präsidenten Carnot auf den 25. bis 27. d. M. festgesetzt. Derselbe wird Dünkirchen, Lille, Maubeuge und Brüssel besuchen. Das Canal-Geschwader wird ihn in Dünkirchen aufsuchen.

* Paris, 21. März. Hundert Mitglieder der Rechten enthielten sich bei der gestrigen Abstimmung über die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung ihrer Stimme. Die Majorität bestand aus 268 Republikanern und 71 Abgeordneten der Rechten. Die Blätter billigen meistentheils die Abstimmung der Kammer. Dem „XIX. Siècle" zufolge erklärte der General Boulanger, daß, da er durch keine militairischen Rücksichten mehr zurückgehalten sei, er sich der Wahlagitation seiner Freunde anschließen werde.

* Marseille, 21. März. Felix Pyat verweigerte zu Gunsten Boulanger's seine Candidatur zurückzuziehen.

* London, 21. März. Die Königin empfing gestern den in außerordentlicher Mission von Berlin hier eingetroffenen preußischen General von Loë, welcher die Thronbesteigung Sr. Majestät des Kaisers Friedrich anzeigte.

* Rom, 20. März. Die Kammer genehmigte das Budget des Ministeriums des Auswärtigen mit 178 gegen 37 Stimmen.

* New-York, 21. März. Von den Geistlichen an den hiesigen deutschen Kirchen wurden gestern Abend Trauergottesdienste für den verstorbenen Kaiser Wilhelm abgehalten, die sehr zahlreich besucht waren.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Haag, 21. März. Bei der engeren Wahl zur Zweiten Kammer wurde der Socialist Nieuwenhuis in Schoterland mit 1167 von 2203 Stimmen gewählt.

* Haag, 21. März. Nach dem Resultate der Stichwahlen in die Zweite Kammer sind in 22 Wahlbezirken 11 Liberale, 5 Katholiken, 6 orthodoxe Protestanten und 1 Socialist gewählt. Das Ergebniß von drei Wahlbezirken wird morgen festgestellt. Das Gesammtergebniß der Wahlen dürfte sein: 45 Liberale, 26 Katholiken, 27 orthodoxe Protestanten, 1 Conservativer und 1 Socialist.

* Paris, 21. März. Die Blätter melden: Das Untersuchungsgericht in der Angelegenheit Boulanger's tritt erst Sonnabend oder Montag zusammen. Boulanger ist von Clermont-Ferrand nicht hierher zurückgekehrt. Nach einem den Blättern zugehenden halbamtlichen Communiqué sind betreffs der Reise des Präsidenten nach Nordfrankreich noch keine endgiltigen Bestimmungen getroffen.

* London, 21. März. Die Königin trat mit dem Prinzen und der Prinzessin Battenberg und Gefolge heute Nachmittag eine Reise nach Italien an.

* Lissabon, 21. März. In Oporto brach in dem dortigen Theater im Parquet in Folge einer Gasexplosion, während des letzten Actes der Vorstellung, Feuer aus. Das Theater wurde vollständig zerstört. Bis jetzt wurden zehn Todte und viele Verwundete aufgefunden.

* Lissabon, 21. März. Nach weiteren Mittheilungen aus Oporto stürzten sich viele Zuschauer, da sie das Freie nicht gewinnen konnten, aus den Fenstern auf die Straße. Mehrere Personen erstickten, während andere bei dem Ausgange erdrückt wurden. Die Mehrzahl der Verunglückten waren Zuschauer der Logen des dritten Ranges und der Galerien. Es sind ganze Familien umgekommen. Die Zahl der Todten wird nunmehr auf 80 geschätzt.

Verantwortlicher Redacteur Heinrich Ühle in Leipzig.
Für den musikalischen Theil Professor Dr. Oscar Paul in Leipzig.